

021 K 025/23



AMTSGERICHT DETMOLD

BESCHLUSS

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Donnerstag, den 31.10.2024, 9:30 Uhr,
im Amtsgericht Detmold, Nebengebäude, Gerichtsstr. 6, Saal 12**

das im Grundbuch von Detmold Blatt 11243 eingetragene

Grundbuchbezeichnung:

lfd. Nr. 12 BV:

Gemarkung Heidenoldendorf, Flur 4, Flurstück 330, Landwirtschaftsfläche,
Gebäude- und Freifläche, Waldfläche, Erholungsfläche, Verkehrsfläche,
Schwarzenbrinker Str. 92, Größe: 1 ha 30 a 01 m².

versteigert werden.

Lt. Gutachten: Eingeschossiges, nicht unterkellertes Haus mit Anbau und Aufstockungsanbau; BJ Haupthaus 1938, Anbauten 1967 bzw. 1989. Das Objekt befindet sich in einem im Wesentlichen ordnungsgemäßen Zustand, lediglich einige Mängel feststellbar. Nebengebäude: Doppelgarage, BJ 1972, Carport, BJ 1998, ein Schuppen (genutzt als Pferdeboxen für 2 Pferde), BJ 1939 bzw. 1992 und ein weiterer Schuppen.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 04.04.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 303.000,00 EUR festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Antragsteller widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Detmold, 06.06.2024